



Landwirtschaft

Aiwanger: "Wer deutsche Putenhalter mit unsinnigen Regelungen zum Aufgeben zwingt, handelt unvernünftig"

21. März 2023

MÜNCHEN/BERLIN Ein Gesetzesvorhaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) zu verschärften Mindestanforderungen an die Geflügelhaltung gefährdet die heimische Putenfleischproduktion. „Wir haben bereits strenge Regelungen zum Tierwohl, die auch kontrolliert werden. Was die Grünen an Verschärfungen fordern, wird nur zur Folge haben, dass viele heimische Betriebe ihre Qualitätsproduktion aufgeben und wir Billigfleisch aus anderen Ländern mit deutlich niedrigerem Tierschutz beziehen müssen“, erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Hintergrund: In einem Eckpunktepapier hat das BMEL angekündigt, künftig weniger Puten pro Quadratmeter zu erlauben, um den Tierschutz zu verbessern. Dagegen protestiert der Bayerische Bauernverband und widerspricht insbesondere der Behauptung, es gebe keine ausreichenden Regeln in der Putenhaltung. Man habe wesentlich strengere Regeln zur Besatzdichte, Fütterung und Belüftung als die Hauptkonkurrenten aus Polen, Frankreich, Spanien, Italien oder Ungarn.

„Zurzeit kommt der weit überwiegende Anteil des Putenfleisches aus heimischer Haltung. Konsumenten und Gastronomen kaufen deutsches Geflügel, weil sie der Qualität vertrauen. Warum man die Betriebe mit überzogenen Anforderungen, die nirgendwo im benachbarten Ausland – mit Ausnahme von Österreich – gelten, vorsätzlich kaputtmachen will, ist mir ein Rätsel. In Österreich können wir ja sehen, wie sich das auswirkt: Mit Preissteigerungen von mehreren Euro pro Kilo. In Zeiten von Inflation und vor allem massiv verteuerten Lebensmitteln ist dies nicht nur eine fachlich unsinnige und wirtschaftlich schädliche, sondern auch zutiefst unsoziale Intention“, erklärte der Staatsminister.

Ansprechpartnerin:
Katrin Nikolaus,

stv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 120/23